

Buchbesprechungen

Siebke, Jürgen und Willms, Manfred: Theorie der Geldpolitik, Springer-Verlag, Berlin / Heidelberg / New York 1974, 201 Seiten, DM 14,80.

Siebke und Willms knüpfen mit ihrer „Theorie der Geldpolitik“ an den neuesten Stand der geldpolitischen Forschung und der geldpolitischen Diskussion an.

Das Buch unterscheidet sich von den anderen neuerdings veröffentlichten Werken durch eine bewußt an den großen Problembereichen der Wirtschaftspolitik orientierten Ordnung des Lehrstoffes. So lauten die ersten vier Kapitel: „Relative Bedeutung von Geld- und Fiskalpolitik“, „Geldpolitik und Inflation“, „Geldpolitik und Konjunktur“, „Geldpolitik und Wachstum“. Erst die beiden folgenden Kapitel sind dann der Darstellung der Geldnachfrage- und der Geldangebotstheorie gewidmet, und im Schlußabschnitt werden die Probleme der „Praktischen Durchführung der Geldpolitik“ behandelt. Hier wird zunächst die Zwischenziel-Indikator-Problematik erörtert und für die Beantwortung der Frage aufbereitet, welche geldpolitische Konzeption unter Berücksichtigung der Ergebnisse empirischer Untersuchungen am besten für die gesamtwirtschaftliche Steuerung geeignet ist.

Dieses Kapitel ist einer der wertvollsten Beiträge des Buches. In ihm werden die verschiedenen in der Bundesrepublik vom Sachverständigenrat, von der Bundesbank, den Gewerkschaften sowie den wirtschaftspolitischen Repräsentanten der politischen Parteien diskutierten alternativen geldpolitischen Orientierungsgrößen einander gegenübergestellt und auf einem gemeinsamen Nenner miteinander verglichen. Vergleichsbasis ist die im vorangehenden Abschnitt entwickelte Kreditmarkttheorie des Geldangebotes, womit gleichzeitig deutlich wird, daß die Beurteilung der geldpolitischen Konzeptionen auf einer quantitätstheoretischen Sicht des Geldangebotsprozesses basiert. Diese Anlehnung an die monetarische Betrachtungsweise in den beiden aufeinanderfolgenden Kapiteln hat für etwa die Hälfte des Buches einerseits den Vorteil einer äußerst homogenen Darstellung, geht jedoch andererseits auf Kosten der Einbeziehung der keynesianischen Variante des Geldangebotsprozesses. Diese sogenannte Geldmarkttheorie des Geldangebots sieht die Entwicklung der Geldmenge in der Volkswirtschaft stärker im Zusammenwirken der Geschäftsbanken und der Nichtbanken bestimmt und weist daher mit den Grundvorstellungen der Deutschen Bundesbank über den Wirkungsprozeß ihrer geldpolitischen Maßnahmen zumindest bis 1973 weitaus größere Gemeinsamkeiten auf als die Kreditmarkttheorie, die als quantitätstheoretischer Ansatz gilt. Deren Vertreter stellen den dominierenden Einfluß der Notenbank auf die Geldversorgung in den Vordergrund, indem sie eine strenge Abhängigkeit der Ausweitung des volkswirtschaftlichen Geld-

volumens von der Expansion der Zentralbankgeldmenge nachweisen, die sie daher folgerichtig als Basisgröße des Kredit- und Geldschöpfungsprozesses betrachten. Seit 1973 hat sich auch die Bundesbank dieser Auffassung ange-nähert. Siebke und Willms legen in den beiden letzten Kapiteln ihres Buches eine schlüssige Ausarbeitung des Geldbasiskonzeptes von den theoretischen Grundlagen bis zu seiner praktischen Durchführung vor.

Im Unterschied zu den letzten beiden sind die ersten fünf Abschnitte mehr überblickartig angelegt. Hier werden insbesondere die gegensätzlichen Positionen der Monetaristen auf der einen und der Keynesianer auf der anderen Seite einander gegenübergestellt und soweit als möglich als Weiterführung oder als Reaktion auf klassisches bzw. neoklassisches Gedankengut darge-stellt. Die von den Autoren zum Schluß eines jeweiligen Kapitels vorgenom-mene Beurteilung der relativen Aussagefähigkeit ist stets abgesichert durch entsprechende empirische Untersuchungen. Sowohl die Reihenfolge der Be-handlung der Theorien als auch die Interpretation der empirischen Untersu-chungen, in der die quantitätstheoretische Variante stets als die überlegene Lehrmeinung erscheint, ist wiederum Ausdruck der monetaristischen Grund-einstellung beider Autoren. Positiv ist in diesem Zusammenhang hervorzu-heben, daß die Verfasser das Beziehungssystem der Keyneschen Lehre und der neueren Quantitätstheorie gleichermaßen gut beherrschen und daß sie über den aktuellen Stand der theoretischen Diskussion wie der wesentlichen empirischen Untersuchungen umfassend informiert sind, was sie als außer-ordentlich sachverständige Lehrbuchautoren ausweist. Dem mit den Ent-wicklungslinien der monetären Ökonomik grundlegend vertrauten Leser wird in bezug auf die verschiedenen Lehrstücke der Geldtheorie eine gute Zuordnung geboten, während der Anfänger insbesondere wegen der problemorientierten Darstellung des Stoffes in den ersten Kapiteln möglicherweise überfor-dert wird. Ihm wird in diesen Abschnitten mit Ausnahme desjenigen über die Geldnachfragetheorie zu wenig instrumentelles Wissen vermittelt. Ein mit den theoretischen Zusammenhängen der Geldwirkungslehre, mit der Einbe-ziehung des Geldes in die Wachstumstheorie und mit der Bedeutung mone-tärer Faktoren bei der Konjunkturerklärung weniger vertrauter Leser kann sich allerdings mit Hilfe der im Anschluß an jedes Kapitel beispielhaft auf-bereiteten Literaturhinweise tiefer in die jeweilige Materie einarbeiten.

Am schmerzlichsten wird die Funktion der Stoffvermittlung im Abschnitt „Geldpolitik und Konjunktur“ vermißt. Bereits dieser Titel ist eine unzu-reichende Beschreibung des tatsächlich behandelten Gegenstandes. Nicht etwa das Konjunkturphänomen in seiner Wechselwirkung mit der Geldpolitik, son-dern der theoretische Sachverhalt der Übertragung monetärer Impulse in den realwirtschaftlichen Bereich wird hier erörtert. Gerade in bezug auf diese Zusammenhänge wurde in den vergangenen zehn Jahren eine völlig neue Theorie des Transmissionsprozesses entwickelt. Angesichts der zentralen Be-deutung der Geldwirkungslehre in der neueren geldtheoretischen Forschung, sind die im Rahmen des Buches diesem Lehrstück gewidmeten zwölf Seiten einfache zu wenig. Vermutlich haben die Verfasser auf eine detaillierte Dar-stellung dieses Komplexes verzichtet, um die Schlüssigkeit ihrer Gesamtkon-zeption zu erhalten. Es war das erklärte Bemühen der Verfasser „auf aktuelle

geldpolitische Fragen theoretisch fundierte und empirisch abgesicherte Antworten zu geben“ (Vorwort). Daß sie dieses Anliegen in hervorragender und origineller Weise verwirklicht haben, kann ihnen ohne Einschränkung bestätigt werden. Das von ihnen vorgelegte Buch bringt nicht nur den Stand der internationalen geldpolitischen Diskussion zur Darstellung, es trägt entscheidend zugleich zur Klärung nationaler geldpolitischer Fragen bei. So erfährt hier erstmals die von der Bundesbank seit dem Frühjahr 1973 praktizierte neue Geldpolitik eine theoretische Auslegung und Fundierung. Nicht zuletzt deshalb ist diese Schrift für den Theoretiker wie für den Praktiker, für den Studierenden wie für den Lehrenden gleichermaßen wertvoll.

Dietmar Kath, Duisburg

Milbradt, Georg H.: Ziele und Strategien des Debt Management. Ein Beitrag zur Theorie der optimalen Schuldenstruktur des Staates unter Einbeziehung der Notenbank, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1975, 226 S., kartoniert, 58,50 DM.

Angesichts der in den vergangenen Jahren stark gestiegenen öffentlichen Schulden werden in jüngster Zeit zunehmend Fragen nach den Grenzen öffentlicher Verschuldung einerseits und auf Grund ihrer gesamtwirtschaftlichen Bedeutung nach den Möglichkeiten einer stabilitätspolitisch orientierten Steuerung der Schulden andererseits gestellt. Dem zuletzt genannten Problemkreis ist die Abhandlung von *Milbradt* zuzuordnen.

Üblicherweise wird in der Literatur debt management in seiner engen Fassung interpretiert als Schuldenstrukturpolitik bei gegebenem Schuldenstand und in seiner weiten Fassung als Variation der Schuldenhöhe und der Schuldenstruktur, wobei dann Abgrenzungsschwierigkeiten zur sog. fiscal policy auftreten. *Milbradt* schließt sich bei seinen Ausführungen einer noch weiteren Interpretation an, die ebenfalls in der Literatur vertreten wird, nach der zur Staatsschuld neben den verzinslichen Schuldtiteln auch das staatlich emittierte Geld hinzuzurechnen ist (S. 14). Auf diese Weise kann der Möglichkeit einer Integrierung des debt management mit der Geldpolitik von vornherein Raum gegeben werden.

Milbradt versucht die Fragen nach den Zielen und Strategien des debt management in drei Abschnitten zu beantworten: Zuerst zeichnet er in einem Rückblick die verschiedenen Konzepte, die dazu vor allem in der amerikanischen Literatur vorgetragen worden sind, auf und gruppiert sie unter den Bezeichnungen „procyclical approach“, „neutral approach“ und „anti-cyclical approach“. Die Kennzeichnung des ersten Ansatzes als prozyklisch scheint nicht glücklich gewählt: Sie erweckt den Eindruck, es handele sich um ein stabilitätspolitisch geprägtes Konzept (im Gegensatz zum antizyklischen Ansatz), tatsächlich aber werden darunter Strategien einer Zinskostenminimierung erfaßt. Unter dem zweiten Ansatz werden der Bezeichnung entsprechend Konzepte einer dem Neutralitätspostulat unterworfenen „Schuldenpolitik“ dargestellt und unter dem dritten Ansatz werden schließlich die Konzepte subsumiert, die dem debt management stabilitätspolitische Funktionen über-

tragen. Die Skizzierung der einzelnen Ansätze — anhand der Veröffentlichungen ihrer jeweils wichtigsten Vertreter belegt — und eine vergleichende Würdigung dieser Ansätze ergeben insgesamt einen abgerundeten Überblick über die Hauptrichtungen des debt management.

Nach diesem Literaturüberblick entwickelt *Milbradt* die Grundzüge eines Optimierungsmodells der sog. finanziellen Politik in einer geschlossenen Volkswirtschaft, wobei auf die ökonomisch-politische Umwelt der Bundesrepublik mittelbar abgestellt wird. Die finanzielle Politik „umfaßt alle Maßnahmen des Staates, die bei konstanter Größe der staatlichen Nettoposition auf die Erzielung einer gewissen Struktur von Staatsschuld und staatlichen Darlehen zur Erfüllung wirtschaftspolitischer Zielsetzungen gerichtet ist“ (S. 85). Allerdings schließt der Verfasser bei seinen nachfolgenden Überlegungen trotz der gewählten definitorischen Zusammenfassung von staatlichen Schuldoperationen und staatlicher Darlehensgewährung die Darlehensgewährung aus der Betrachtung aus. In den Mittelpunkt der Ausführungen wird dann die Abstimmung zwischen den „primären“ Zielen, der „Erzielung bzw. Erhaltung eines bestimmten gesamtwirtschaftlichen Nachfragerneaus“ (S. 102), und den „sekundären“ Zielen, nach denen „die staatliche Nettoposition mit marktkonformen Aktivitäten so gestaltet werden (soll), daß die Nettozinszahlungen minimiert werden“ (S. 121), gestellt. In einem portfolio-theoretisch orientierten Modell werden die Bedingungen einer optimalen finanziellen Politik (unter Einbeziehung des staatlich emittierten Geldes) mathematisch und graphisch abgeleitet und diskutiert. Jedoch kann das Ergebnis dieser Modellbetrachtung den Schuldenpolitiker nicht befriedigen. Denn *Milbradt* kommt zu dem Schluß, „daß eine generelle Entscheidung für eine prozyklische oder antizyklische Veränderung der Struktur der verzinslichen Staatsschuld nicht getroffen werden kann, sondern daß es von den jeweiligen Umständen abhängt, welche Strategie die beste ist“ (S. 206). Da hatte die stärker an der Praxis orientierte Untersuchung von W. A. S. Koch (Die Gläubigerstruktur als Ansatzpunkt für ein staatliches debt management, Meisenheim/Glan 1972), die *Milbradt* leider nicht berücksichtigt, schon vor einigen Jahren konkretere Ergebnisse gebracht.

Zur Realisierung einer finanziellen Politik, die das debt management der allgemeinen Wirtschaftspolitik unterordnet, prüft *Milbradt* abschließend auf wenigen Seiten die notwendigen institutionellen Voraussetzungen. Dabei wird die zuvor eingeführte Prämisse der „konstanten Nettoposition“ fallen gelassen und eine Änderung der Schuldenhöhe mit in die Betrachtung einbezogen. Der Verfasser plädiert dafür, die finanzielle Politik vollkommen der Notenbank zu übertragen: Sie wäre danach die einzige Gläubigerin des Staates. Zur Finanzierung der Staatsverschuldung verschuldet sie sich auf den Kreditmärkten, „eine direkte Schuldaufnahme des Staates bei den Privaten ist ausgeschlossen“ (S. 191). *Milbradt* wirft in diesem Zusammenhang mit Recht die bisher bei debt management-Überlegungen zu kurz gekommene Frage der Einbeziehung der untergeordneten Gebietskörperschaften auf. Er schlägt vor, ebenso wie die Parafisci die Länder und (eventuell) auch die Gemeinden einer solchen Lösung zu unterwerfen. Das Schatzamt (bzw. die entsprechenden Institutionen auf den nachgeordneten Ebenen) hätte die

Kompetenzen für alle mit der öffentlichen Verschuldung zusammenhängenden Aufgaben und Transaktionen an die Notenbank abzutreten. An dieser Stelle hätten vielleicht die Vorstellungen von H. Schwedes (Der Bund am Kapitalmarkt, Berlin 1972) zur Anleihepolitik der öffentlichen Hand mit in die Überlegungen einbezogen werden können. Beim Parlament und der Regierung verbliebe allein noch die Kompetenz, über die Höhe der staatlichen Nettoposition zu entscheiden. *Milbradt* verspricht sich von dieser Lösung vor allem den Vorteil, daß die Zielkonflikte zwischen einer stabilitätspolitischen Zielsetzung und der Geldbeschaffung einschließlich der Zinskostenminimierung, wie sie bei einer Ressortierung der Kompetenzen beim Schatzamt auftreten, zugunsten des stabilitätspolitischen Ziels gelöst werden können (S. 189). Allerdings ist dieser Zielkonflikt durch eine institutionelle Übertragung der Aufgaben allein noch nicht aus der Welt geschafft. „Wegen der wesentlich größeren Befugnisse der Notenbank und der damit verbundenen größeren Mißbrauchsmöglichkeiten bei der Staatsverschuldung“ (S. 197) hält er eine wesentliche Erweiterung der Autonomie der Notenbank für unumgänglich. Die mit diesem Konzept aufgeworfenen politischen Fragen sind von größter Bedeutung. Sie betreffen beispielsweise die Frage nach der Stellung von Regierung und Notenbank oder den weitreichenden Problembereich des Föderalismus. Diese Fragen werden zwar von *Milbradt* angeschnitten, sie hätten vielleicht einer weiterführenden Klärung bedurft als das der Fall ist.

Dietrich Dickertmann, Köln

Alexander, Volbert: „Geldangebot und Geldangebotskontrolle in der Bundesrepublik Deutschland“, Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 234, Duncker & Humblot, Berlin 1975, 145 S., brosch. DM 49,60.

Im ersten Kapitel bietet *Alexander* eine prägnante Darstellung der geldangebotstheoretischen und geldpolitischen Entwicklung, die seinem Beitrag zeitlich vorausgeht. Vor dem Hintergrund der monetaristischen Hypothese einer Dominanz monetärer Impulse für die Entwicklung ökonomischer Aggregate wie Sozialprodukt, Preisniveau und Beschäftigung mündet seine Skizze der geldangebotstheoretischen Entwicklung ein in die Frage der Kontrolle und Kontrollierbarkeit der Determinanten monetärer Aggregate, insbesondere der sogenannten Geldbasis. Diese Frage bildet den Brennpunkt der *Alexanderschen* Arbeit.

Außenwirtschaftliche Verflechtungen und staatliche Ausgabenfinanzierung werden als wichtige Aspekte des Problems der Geldbasiskontrolle vorgestellt. Es wird demonstriert, wie diese Aspekte des Kontrollproblems die Fassung und Abgrenzung der Geldbasisbegriffe bei *Frattiani* (Italien) und *Willms* (BRD) unter Beachtung institutioneller Gegebenheiten in den genannten Ländern beeinflußt haben. Hierbei bietet das Vorgehen von *Willms*, wie *Alexander* zeigt, besondere Angriffsflächen. In einer klaren Kritik, besonders an *Frattiani* und *Willms* macht *Alexander* den Boden fruchtbar für seine Anpassung des Brunner-Meltzer-Geldangebotsmodells an die institutionellen Bedingungen der BRD. Diese Anpassung wird im zweiten und dritten Kapitel geleistet.

Das zweite Kapitel beginnt mit der Identifikation der monetären Instanzen im ökonomischen System der BRD. Die intensive Diskussion des Begriffs der monetären Instanz vermag trotz ihrer Tiefe nicht alle auftauchenden Fragen des Lesers zu beantworten. (So bleibt offen, warum einerseits die Sichtdepositen des Staates bei monetären Instanzen nicht dem Basisgeld zugeschlagen werden, wo doch zur Geldbasis [nur] solche Titel gerechnet werden, die den Bereich monetärer Instanzen verlassen haben [S. 59], während andererseits die Deutsche Bundesbank im Gegensatz zum „Staat“ als einzige monetäre Instanz der BRD bestimmt wird [S. 61]. In welchem Sinne stellen die Zentralbankguthaben der Geschäftsbanken Titel dar, die die monetären Instanzen bereits verlassen haben, während man dies von den Zentralbankguthaben der Ausländer und Inländer [soweit private Nichtbanken] nicht annehmen kann?)

Auf die Abgrenzung der Geldbasis folgt eine intensive Analyse des Verhaltens der Geschäftsbanken und des Publikums im deutschen Geldangebotsprozeß. *Alexander* erweist sich hier als subtiler Kenner der institutionellen Bedingungen der monetären Szene der BRD. Dennoch bleiben auch hier gewisse Fragen offen. Warum wird wechselkursspekulatives Verhalten der Geschäftsbanken bei Liquiditätsanlagen im Ausland ausgeschlossen und nur Arbitrage-Verhalten einbezogen, während wechselkursspekulatives Verhalten bei den „earning-assets“ (der verdienenden Aktiva) angenommen wird? Das Vorhandensein fixer Wechselkurse im Rahmen des Bretton-Wood-Systems kann dafür nicht ausschlaggebend sein.

Alexanders besondere Leistung im zweiten Kapitel besteht erstens in der Einbeziehung der Liquiditätsanlagen der Banken in die Geldangebotsanalyse, zweitens in der Aufspaltung der Liquiditätsanlagen und „earning assets“ in in- und ausländische und drittens in der Berücksichtigung von ausländischen Ertragssätzen unter Einschluß der Kurssicherungskosten im Verhalten von Banken und Publikum. Hierin geht seine Analyse über die vorhandenen Anpassungen des Ansatzes von *Brunner-Meltzer* an die BRD-Bedingungen weit hinaus. Wichtige Passivposten der Bankbilanz, die wie Bankschuldverschreibungen (Hypotheken, Obligationen) u. a. charakteristisch sind für die deutsche Universalbank, bleiben jedoch auch bei ihm außer Ansatz. Fortschritte in dieser Richtung bleiben somit weiteren Versuchen vorbehalten.

Während der Aspekt der Geldbasiskontrolle im zweiten Kapitel noch keine Rolle spielt, wird er im dritten Kapitel zum tragenden Gesichtspunkt. Dieses dritte und letzte Kapitel bildet zweifellos den Höhepunkt der *Alexanderschen* Arbeit. Eine subtile Analyse und Einteilung der einzelnen Geldbasiskomponenten in von der Zentralbank kontrollierbare und nicht kontrollierbare Teile führt zu seiner neuen Geldangebotshypothese mit der kontrollierbaren Geldbasis als exogener Variablen.

Auf dem Weg zu diesem Ziel arbeitet *Alexander* wichtige Implikationen des Unterschiedes zwischen de facto-Kontrolle und Kontrollierbarkeit der Geldbasis heraus und weist auf weitverbreitete Fehlschlüsse hin, die sich aus der Nichtbeachtung dieses Unterschiedes bei der Interpretation von empirischen Testergebnissen ergeben haben und die daher zu Unrecht als Bestätigung der monetaristischen Position gewertet wurden.

Seine Arbeit schließt mit wichtigen Hinweisen zur Verbesserung der Kontrollierbarkeit der Geldbasis in der BRD. Die wirtschaftspolitische Relevanz der *Alexanderschen* Forschungsbemühungen und Resultate wird dadurch ganz offensichtlich.

Alexander hat leider den Unterschied zwischen dem algebraischen und dem numerischen Wert einer Veränderung und von Elastizitäten manchmal vernachlässigt. Dies führte ihn zu einer unnötigen Nebenbedingung in bezug auf das Zinsdifferential (DIFF) auf S. 77, 79, 105 und 112, und dazu, daß Elastizitäten manchmal mit ihrem numerischen Wert (z. B. eine —3 als 3), so bei der Bildung verschiedener Ungleichungen auf S. 86, 109 und 113, manchmal aber auch mit ihrem algebraischen Wert (—3 ist kleiner —2) verwendet werden. Diese Uneinheitlichkeit hat jedoch im allgemeinen keine ernsthaften Konsequenzen. Im Anhang werden bei der Berechnung der Elastizität der Multiplikatoren in bezug auf verschiedene Ertragssätze die Elastizitäten der Multiplikatoren in bezug auf jene Verhaltensquotienten, die im Nenner der Multiplikatoren auftreten, durchweg mit —1 multipliziert. Dadurch entstehen die unplaublichen Hypothesen (vgl. S. 125) einer negativen Wirkung des Ertragssatzes der verdienenden Bankaktiva auf den Geldmultiplikator und einer positiven Wirkung des Diskontsatzes auf denselben Multiplikator.

Man kann *Alexander* auch nicht in der Auffassung folgen, daß eine positive Zinselastizität der gesamten Geldbasis eine Zielautonomie der Zentralbank signalisiert. Eine solche Elastizität ist unter den Bedingungen von *Alexander* lediglich Signal von Instabilitäten auf dem Kreditmarkt (vgl. S. 128).

Die kritischen Anmerkungen können und sollen jedoch nicht bestreiten, daß *Alexander* hiermit eine geldtheoretisch wie geldpolitisch hervorragende und äußerst wichtige Arbeit vorgelegt hat. Eine Weiterentwicklung der Geldangebotstheorie für die BRD muß hier ihren Ausgangspunkt nehmen.

Nikolaus K. A. Läufer, Konstanz

Johnson, Harry G.: Beiträge zur Geldtheorie und Währungspolitik, Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Bd. 80, Duncker & Humblot Berlin 1976, 353 Seiten, brosch. 68,— DM.

Der vorliegende Band ist eine Übersetzung der 1972 erschienenen Aufsammlung „Further Essays in Monetary Economics“¹ des Anfang 1977 verstorbenen Gelehrten und knüpft an den vor einigen Jahren ebenfalls in deutscher Übersetzung in der gleichen Reihe erschienenen Aufsatzband „Essay in Monetary Economics“ (1967) an².

Die Variation der deutschen Titel beider Bände von „Geldpolitik“ zu „Währungspolitik“ ist informativer als die der englischen Titel. Sie bringt zum Ausdruck, daß *Johnson* internationalen Währungsproblemen in dem neuen Band wesentlich mehr Beachtung schenkt als im ersten Band. Die in fünfzehn

¹ Further Essays in Monetary Economics, London 1972.

² Beiträge zur Geldtheorie und Geldpolitik, Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Bd. 18, Berlin 1969.

Kapiteln versammelten Übersichtsartikel und Kommentare entstammen den Jahren 1966 bis 1971 und sind in drei Hauptteilen zusammengefaßt: Teil I: Allgemeine Geldtheorie, Teil II: Internationale Währungstheorie, Teil III: Die internationale Währungskrise.

Teil I beginnt mit zwei sehr bekannten und lesenswerten Essays „Neuere Entwicklungen in der Geldtheorie — Ein Kommentar“ (1970)³ und „Die keynesianische Revolution und die monetaristische Konterrevolution“ (1971)⁴. Während der erste einige Hauptprobleme der Geldtheorie und ihre lehrgeschichtliche Entwicklung kommentiert, ist der zweite Essay ein Versuch über die notwendigen gesellschaftlichen und intellektuellen Voraussetzungen für die Entwicklung einer Revolution im ökonomischen Denken. Johnson kommt zu dem Ergebnis Kuhns: „Neue Ideen gewinnen ein öffentliches und fachliches Interesse nicht aufgrund ihrer wissenschaftlichen Verdienste, sondern je nachdem, ob sie wichtige Probleme, für deren Bewältigung die etablierte Orthodoxie sich als unfähig erwiesen hat, zu lösen versprechen oder nicht⁵.“ In zwei Anhängen zu diesem Essay diskutiert Johnson zum einen die Keynes-Interpretation von *Leijonhufvud*, zum anderen den unterschiedlichen Einfluß, den der Keynesianismus in Großbritannien und in den USA gehabt hat. Kapitel 3 „Probleme der Effizienz der Geldpolitik“ (1968) behandelt alternative Formen der Kreditsteuerung. Etwas störend wirkt dabei mitunter die Konzentration auf britische Strukturmerkmale.

Weit anregender sind die beiden folgenden theoretischen Beiträge „Innengeld, Außengeld, Einkommen, Vermögen und Wohlfahrt in der Geldtheorie“ (1969) und „Gibt es eine optimale Geldversorgung?“ (1970). Hier diskutiert Johnson den Beitrag von *Pesek* und *Saving* zur Innengeld-Außengelddebatte und die verschiedenen theoretischen Lösungen des Problems der optimalen Geldversorgung. Bekanntlich tritt er für eine explizite Verzinsung des Geldes ein anstelle der Wahl einer entsprechenden Deflationsrate.

Die beiden ersten Beiträge im währungstheoretischen Teil II, Kapitel 6: „Einige Aspekte der Theorie der Wirtschaftspolitik in einer Welt mit Kapitalmobilität“ (1966) und Kapitel 7: „Theoretische Probleme des internationalen Währungssystems“ (1967) können ihr Alter nicht verleugnen. Im ersten Aufsatz differenziert Johnson im Rahmen eines kurzfristigen keynesianischen Modells die Analyse Mundells der internationalen Kapitalmobilität, indem er zwischen Zins- und Einkommensmobilität unterscheidet. Der zweite Aufsatz behandelt das ebenfalls von Mundell Anfang der sechziger Jahre ausgearbeitete Problem der Zuweisung von Geld- und Fiskalpolitik, ein Problem, das sich nach wenigen Jahren heißer Debatte als wenig relevant erwies.

Lesenswert sind dagegen Johnsons „Argumente für flexible Wechselkurse — 1969“ und wichtiger noch sein klärender Beitrag „Der monetäre Ansatz zur

³ Zuvor auf deutsch erschienen in: K. Brunner, H. G. Monissen, M. J. M. Neumann (Hrsg.), *Geldtheorie*, Köln 1974, S. 26 – 48.

⁴ Zuvor auf deutsch erschienen in: P. Kalmbach (Hrsg.), *Der neue Monetarismus*, München 1973, S. 196 – 216.

⁵ Übrigens hat Johnson beim Wiederabdruck dieses Essays den ersten Abschnitt des Originalbeitrages weggelassen, ohne dies dem Leser kenntlich zu machen. Der letzte Satz dieses Absatzes mag ihm nicht mehr gefallen haben.

Zahlungsbilanztheorie“ (1971). Hier werden dem realen Erklärungsansatz der Zahlungsbilanz die Grundzüge des neuen Ansatzes gegenübergestellt, der die Zahlungsbilanz primär als monetäres Phänomen versteht. Das letzte Kapitel des Teil II enthält vier, lose miteinander verbundene „Anmerkungen“ über die Wohlfahrtskosten der Wechselkursstabilisierung, die Rolle des Münzgewinns und seine Verteilung, Effizienzprobleme der internationalen Geldversorgung und des Grenzsteuerausgleichs sowie eine vergnügliche Spielerei über „Sind Sie Ihr Gewicht in Gold wert?“ Um Mißverständnissen vorzubeugen, entschuldigt sich *Johnson* im Vorwort für den Beitrag: „Ich habe ihn nur deswegen aufgenommen, weil es mir ein intellektuelles Vergnügen war, den Ton scheinakademischer Ernsthaftigkeit zu finden.“

Teil III versammelt eine Reihe von mit leichter Hand geschriebenen Kommentaren und Artikeln, die sich auf die Währungskrisen von 1968 bis 1971 und verwandte Probleme beziehen. In der Rückschau tritt die Zeitgebundenheit mancher Argumentation besonders deutlich hervor. Kapitel 11 „Die internationale Währungskrise — 1969“ legt die Grundprobleme des damaligen internationalen Währungssystems dar und läßt erkennen, daß *Johnson* zum damaligen Zeitpunkt eher einer Zwischenlösung wie dem „crawling peg“ zuneigte denn flexiblen Wechselkursen. Kapitel 12 kommentiert „Probleme einer Europäischen Währungsunion“ (1971) und Kapitel 13 die „Inflation in ‚monetaristischer‘ Betrachtung“ (1972). Der Band wird beschlossen durch eine gedrängte Zusammenfassung einiger „Probleme der Stabilitätspolitik in einer integrierten Weltwirtschaft“ (1972) und einen Kommentar „Die internationale Währungskrise von 1971“ (1971).

Wer die geld- und währungstheoretische Diskussion seit Jahren verfolgt, findet auch im vorliegenden Band viele gute alte Bekannte. Wer mit der Diskussion etwas weniger vertraut ist, sollte zumindest *Johnsons* Kapitel 1, 2, 4, 5 und 9 auf seine Leseliste setzen. Aber auch die übrigen Beiträge bringen Gewinn. Die von Brita Großeschmidt besorgte Übersetzung erscheint fachlich einwandfrei. Mit Genugtuung stellt der Leser fest, daß bei ihr *Johnsons* britischer Alpträum „Oxbridge“ sich wieder in seiner ganzen Schönheit zeigen darf (S. 58), während er in einer früheren Übersetzung des Kapitels 2 von Sybille Ohm (vgl. Fußnote 4) zugunsten der ernsthafteren Aufzählung von Oxford und Cambridge in der Versenkung verschwinden mußte.

Manfred J. M. Neumann, Berlin

Röper, Burkhardt (Hrsg.), Wettbewerbsprobleme im Kreditgewerbe, Schriften des Vereins für Socialpolitik N. F. Band 87, Duncker & Humblot, Berlin 1976, 183 Seiten, brosch., DM 59,80.

Die Arbeitsgruppe Wettbewerb im Wirtschaftspolitischen Ausschuß des Vereins für Socialpolitik hatte sich jeweils im Frühjahr 1973 und 1974 in zwei Sitzungen mit Wettbewerbsfragen der Kreditwirtschaft befaßt. Die Tagungsberichte wurden Anfang 1976 von Burkhardt Röper vorgelegt. Sie bilden, vor allem bei der Wiedergabe der Diskussionen, eine Fundgrube für die bevorstehende Auseinandersetzung über die Grundlagen der Bankpolitik in Deutschland.

Die Gliederung des Bandes, die sich nach den auf den beiden Sitzungen gehaltenen Referaten oder nach den gelieferten Arbeitsunterlagen richtet, ist recht diffus. Das erschwert es dem Leser des Bandes, das herauszusuchen, was ihn speziell interessieren könnte. Davon abgesehen ist auch nicht erkennbar, welche Gesichtspunkte für die Gewichtverteilung bei der Themenauswahl maßgebend waren. Ein großer Teil der Verhandlungen beschäftigt sich mit der Rolle der Auslandsbanken und mit Kooperationsverträgen deutscher und ausländischer Banken — gewiß nicht die dringendsten Wettbewerbsprobleme, die bei der Neuformulierung der Bankpolitik eine Rolle spielen. Ein letztes Wort der kleinen Kritik zum Stichwortverzeichnis: Es ist sehr knapp, was gerade bei einem solchen unübersichtlichen, aber vom Inhalt und den Einzelaussagen beurteilt sehr ertragreichen Materialband negativ registriert werden muß.

Der Leser darf die apologetischen Statements der Bankenfunktionäre über den Passiv-Wettbewerb, über die Großbanken, die Marktstellung der privaten Banken usw. getrost überschlagen; sie enthalten die üblichen Klischees, Leerformeln und Kosmetika. Anzumerken ist dazu lediglich, daß der wichtige öffentliche Bankensektor unterrepräsentiert war. Ein Sparkassenleiter war überhaupt nicht zugegen, was in punkto Massengeschäft von besonderem Nachteil war. Wichtig und aufschlußreich sind hingegen die Referate, Arbeitsunterlagen und die zum Teil ausführlichen Diskussionsbeiträge der Vertreter der Verwaltung. Wenn von den „wissenschaftlichen“ Tagungsteilnehmern bisweilen kritisiert wurde, dies sei alles viel zu juristisch und viel zu wenig ökonomisch, so ist damit schon ein wichtiger Kommentar zu diesen Beiträgen und dem, was dahinter steht, gegeben worden. Besonders interessant sind aber, wie gesagt, die Schwerpunkte der Diskussion. Herausgeber und Redakteur des Bandes verdiensten Lob, daß sie diesen Beiträgen einen so großen Raum zur Verfügung gestellt haben. In der freien Diskussion sind selbst die Bankenvertreter aus sich herausgegangen. Kenner der Materie können hier wertvolle, bisher nur wenig bekannte Zusatzinformationen gewinnen. Zu den beteiligten Wissenschaftlern wäre noch zu bemerken, daß sich diese keineswegs etwa durchweg als Sachverständige der Bankpolitik ausgewiesen haben; dies könnte man nur von zwei oder drei von den Zwölfen sagen. Aber sie haben durch intelligente „Laienfragen“ viel zutage gefördert, was sonst vielleicht unausgesprochen geblieben wäre. Der von Röper herausgegebene Band sollte als Materialvorrat von allen ausgewertet werden, die sich auf bankpolitische Kontroversen vorbereiten.

Wolf-Dieter Becker, Bonn

Woll, Artur und Vogl, Gerald: Geldpolitik. Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1976 (Uni Taschenbücher 480), 160 Seiten, brosch., DM 12,80.

Taschenbücher über monetäre Probleme sind Mode. So positiv man einerseits die Absicht bewerten möchte, „dem Studenten eine bewußt knapp gehaltene, modern konzipierte Handreichung“ (so der Umschlagtext) — m. a. W. einen preiswerten Leitfaden — zu geben, so kommen einem andererseits Bedenken, wenn versucht wird, möglichst alle theoretischen und praktischen Aspekte der Geldpolitik in einer Nußschale von Taschenbuch mit 160 Seiten

zu komprimieren. Solche Bedenken beziehen sich aber nicht allein auf die hier besprochene Arbeit von *Woll und Vogl*, die im übrigen einige begrüßenswerte Ansatzpunkte zeigt, durch die der Studierende aufmerksam gemacht wird, daß hinter mancher monetärer Esoterik sehr konkrete politische Probleme stehen.

Die Gliederung des Buches könnte man fast enzyklopädisch nennen. Zu den ersten beiden Kapiteln über die theoretischen Grundlagen der Geldpolitik sowie über die Organisation und das Instrumentarium der geldpolitischen Praxis soll zunächst angemerkt werden, daß die Formalisierung auch einfacher theoretischer Zusammenhänge die Lesbarkeit einer „Handreichung“ nicht gerade erleichtert. Aber dies ist genau das Dilemma, vor dem *Woll und Vogl* wohl standen. Die Komprimierung eines weitläufigen und nicht gerade simplen Stoffes auf wenige Seiten zwingt entweder dazu, Wichtiges fortzulassen oder aber sich auf knappe, manchmal aphoristische Darstellungen und Formeln zu beschränken. Die Autoren haben der ersteren Versuchung widerstanden. Dennoch wäre die Frage zu stellen, ob die notwendigerweise kurSORISCHE Darstellung der Theorie nicht zugunsten einer ausführlicheren Behandlung der eigentlichen geld-„politischen“ Thematik fallengelassen werden könnte. Dies läge um so näher, als es sich nach der Natur der Sache bei der Arbeit ohnehin nicht um ein Lehrbuch oder eine Einführung, sondern um ein Kompendium handelt, das dem Leser eine Überprüfung seines eigenen Wissensstandes ermöglicht. Diese Aufgabe erfüllt es allerdings sehr gut.

Besonderer Erwähnung bedürfen die beiden letzten Kapitel. Unter der Überschrift „Effizienz der Geldpolitik“ werden das Indikatorproblem und die Problematik der geldpolitischen Zwischenziele behandelt. Hier sind die Darlegungen trotz der gebotenen Kürze so gut gelungen, daß damit — in Verbindung mit den Schaubildern — auch ein Neuling etwas anfangen kann. Ein weiterer Unterpunkt betrifft die aktuellen kontroversen Hypothesen von „Fiskalisten“ und „Monetaristen“. Auch diese Ausführungen sind recht klar und umreißen zudem den aktuellen Stand der Diskussion. Bemerkungen über die Zeitbedarfsanalyse beenden das Kapitel über die Effizienz der Geldpolitik.

Das Buch schließt mit „Ausgewählten Problemen der Geldpolitik“, die — wie gesagt — die Verbindung mit dem praktischen Leben wieder herstellen: Beschäftigung, Preisniveau, Inflationsbekämpfung, Außenbeziehungen und politische Stellung der Bundesbank. Praktiker der Wirtschaftspolitik sollten nicht darüber klagen, daß bei diesen Punkten die kurzen Ausführungen oft über anfechtbare landläufige Meinungen nicht hinausgehen. Wichtig ist, daß in einem solchen Buch die praktischen Fragen überhaupt einen Platz gefunden haben. Die Autoren werden gebeten, diesen Teil bei Neuauflagen zu vertiefen und zu ergänzen, zum Beispiel auch um einen Abschnitt über Überredungsstrategien bei der Geldpolitik. Alles in allem ein Buch, das dem fortgeschrittenen Studierenden bei der Wiederholung und Kontrolle des Erlernens eine nützliche Hilfe leisten kann.

Wolf-Dieter Becker, Bonn

Mundell, Robert A.: *Geld- und Währungstheorie*, Internationale Lehrbücher der Wirtschaft, hrsg. von Emil-Maria Claassen und Harry G. Johnson, Verlag Franz Vahlen GmbH, München 1976, 224 S., kartoniert 25,80 DM.

Das jetzt in deutscher Übersetzung vorliegende Werk von Mundell über ein monetäres „Weltsystem“ lässt erneut deutlich werden, in welchem Tempo sich heute der Untersuchungsgegenstand der Wirtschaftswissenschaften verändert: Mundells Versuch einer Ausweitung der jüngeren geldtheoretischen Erkenntnisse auf ein weltweit interdependentes monetäres System stand noch unter dem Eindruck einer Weltwirtschaft, „die durch säkulare Inflation und rapides Wachstum“ gekennzeichnet war. Er wollte eine optimistische Alternative zu dem eher pessimistischen keynesianischen Unterbeschäftigungsmodell und gleichzeitig Ansätze für eine rationale Währungstheorie liefern. Nur sechs Jahre nach dem Erscheinen der englischen Originalausgabe des Mundellschen Werkes sehen wir uns jetzt einer Welt gegenüber, in der Wachstum nicht mehr als unbestrittenes Datum und Vollbeschäftigung schon wieder als Problem erscheint.

Die temporäre Inaktualisierung des „Weltmodells“ macht es natürlich als theoretisches Modell nicht wertlos, zumal es von Mundell selbst als Gegenposition zum Keyneschen Unterbeschäftigungsmodell entwickelt worden ist. Hierzu werden in einem ersten Teil die „nationalwirtschaftlichen“ Grundlagen der Geldtheorie dargestellt, wobei gleichzeitig eine Auseinandersetzung mit den Vorstellungen von Keynes, Fisher und Metzler stattfindet. Außerdem bietet Mundell nach den einzelnen Kapiteln eine wirtschaftspolitische „Nutzanwendung“, die das Buch abschnittsweise auch für den wirtschaftlich interessierten Laien lesbar macht.

Diese Verdeutlichung der jeweils gewonnenen Einsichten aus der theoretischen Analyse verleiht auch dem zweiten (Haupt-)Teil des Werkes, der sich mit der Weltwirtschaft als gedachter Einheit beschäftigt, eine mehr als nur theoretische Bedeutung: Mundell nimmt sehr dezidiert zu so praktischen Fragen wie der Reform des Währungssystems, zu den Folgen von Auf- und Abwertungen sowie zur Weltinflation und ihrer Ausbreitung Stellung. Allerdings leidet das Werk hier unter der schon eingangs erwähnten Tatsache, daß es sich im wesentlichen auf Erfahrungen und Diskussionen der sechziger Jahre stützt. Das gilt auch für den Vorschlag zur Gründung einer Weltzentralbank, mit dem Mundell seine Arbeit beschließt. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn hier auf die jüngeren Beiträge auch von Mundell selbst (in einer Art „Ausblick“) hingewiesen worden wäre.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, daß die Übersetzung der Arbeit von Mundell, nicht zuletzt wegen ihrer gelungenen Kombination von mathematischer und graphischer Analyse mit einer verbalen Darstellung der Ergebnisse (und ihrer Nutzanwendung!), eine wertvolle Bereicherung der geldtheoretischen Literatur im deutschen Sprachraum ist.

Gerhard Zweig, Frankfurt/M.

Schultz, Bruno: Kleine deutsche Geldgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts; Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Abteilung A: Wirtschaftswissenschaft, Bd. 82, Hrsg.: Fritz Voigt, Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1976, 294 Seiten, geb., DM 68,—.

Die Kenntnis historischer Prozesse vermittelt uns nicht nur das Wissen um das Zustandekommen der gegenwärtigen Verhältnisse, sondern gibt uns auch einen Eindruck von den ökonomischen Wirkungszusammenhängen unter den jeweiligen Strukturbedingungen. Mit seinem Buch „Kleine deutsche Geldgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts“ versucht Bruno Schultz ein Teilstück der ökonomischen Geschichte transparent zu machen. Dabei will der Autor lediglich die Geschichte des Geldes in ihrem Zusammenwirken mit den umfassenden politischen, sozialen und vor allem finanzwirtschaftlichen Ereignissen behandelt wissen, nicht aber die Geldtheorie und die des Kredites. Auch die Geldpolitik soll nur soweit wie notwendig betrachtet werden. Daß dies nicht immer gelingen konnte, liegt in der Natur der Sache. Denn eine kritische Darstellung ohne Rückgriff auf theoretische Kategorien ist genauso wenig möglich wie eine Trennung des monetären Bereichs in Geld auf der einen und Kredit auf der anderen Seite.

In anschaulicher Weise stellt der Autor dar, welche Schwierigkeiten die Währungsvielfalt des partikularistischen Deutschlands bedingte, mit welchen Problemen die Währungsvereinheitlichung auf der Basis der Goldumlaufswährung verbunden war, welche Konsequenzen sich aus der Kriegsfinanzierung im ersten Weltkrieg ergaben, wie die zunehmende Inanspruchnahme der Notenbank zu einer Hyperinflation führte, welche Anstrengungen unternommen wurden, diese zu überwinden, welche Konsequenzen sich aus den Reparationszahlungen ergaben, mit welchen Mitteln versucht wurde, die große Depression zu bekämpfen, wie die Geldpolitik in den Dienst der nationalsozialistischen Finanzierungspolitik gestellt wurde, und schließlich, wie nach dem zweiten Weltkrieg erneut die Inflation überwunden und die Grundlage für eine neue monetäre Ordnung geschaffen wurde, die mit der Gründung der Deutschen Bundesbank ihre Abrundung fand. Den Ausführungen kommt zugute, daß der Autor nicht nur die trockenen Früchte eines Quellenstudiums präsentiert, sondern einen Großteil der von ihm geschilderten Epochen bewußt erlebt hat.

Die Fülle der zusammengetragenen Fakten und Daten machen dieses Buch zu einer lebendigen Chronik geldpolitischen Geschehens in Deutschland. Gewiß hätte es an einigen Stellen gestrafft werden können, was zur Vermeidung mancher Wiederholungen beigetragen hätte. Insgesamt kann jedoch jedem, der sich mit monetären Fragen befaßt und jedem, der sich dafür interessiert, wie Geld und wirtschaftliche und politische Entwicklung sich in den vergangenen 150 Jahren gegenseitig beeinflußten, und welche Versuche unternommen wurden, geldpolitische Probleme in den Griff zu bekommen, die Lektüre dieses Buches empfohlen werden.

Manfred Hartmann, Altenahr

Neldner, Manfred: Die Bestimmungsgründe des volkswirtschaftlichen Geldangebots. Beiträge zur Geldlehre, Band 9, hrsg. von Rudolf Schilcher, Walter de Gruyter, Berlin und New York 1976, 335 Seiten mit 2 Abbildungen und 19 Tabellen, gebunden 88,— DM.

Neldner leitet seine sorgfältige Bestandsaufnahme der Geldangebotstheorie mit dem Geldschöpfungsmultiplikator ein, dessen Entstehungsgeschichte bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht. Die Theorie des Geldschöpfungsmultiplikators ist von Ch. A. Phillips im Jahre 1920 entscheidend präzisiert worden, so daß man heute gar von einer *Phillips*-Tradition sprechen kann, die sich bis in die sechziger Jahre hinein hat halten können. Und noch länger, wenn man berücksichtigt, daß zwei der wichtigsten Neuansätze in der Geldangebotstheorie, die Geldangebotsmodelle vom *Tinbergen*-Typ und die vom *Brunner-Meltzer*-Typ, in ihrer Grundstruktur an die *Phillips*-Tradition erinnern. Diesen beiden Neuansätzen widmet Neldner zwei Drittel seines Buches, wobei der Schwerpunkt bei den Modellen vom *Tinbergen*-Typ liegt, die ihm zukunftsrichtiger scheinen als die von der *Brunner-Meltzer*-Kategorie. Auch das Konzept der Reaktionsfunktion, das allerdings nur knapp dargestellt wird, hält der Verfasser für fruchtbarer als die Geldangebotsmodelle, die auf *Brunner-Meltzer* zurückgehen. Neldner beschließt seinen „Beitrag zur Konsolidierung der Geldangebotstheorie“ mit einem Blick auf die Behandlung des Geldangebots im Rahmen finanzieller Gesamtmodelle.

Neldner macht klar, daß es nicht selbstverständlich ist, den Geldschöpfungsmultiplikator im Rahmen einer Untersuchung über die Bestimmungsgründe des volkswirtschaftlichen Geldangebots näher zu behandeln. Die Diskussion über die Frage, ob der Geldschöpfungsmultiplikator die tatsächliche oder die maximal mögliche Geldschöpfung angebe, zeige, daß auch die Auffassung vertreten werden könne, die Theorie des Geldschöpfungsmultiplikators habe die Entwicklung der *Geldmenge* zum Gegenstand und damit Geldangebot und Geldnachfrage. Die Geldangebotstheorie hat nach Neldner die Aufgabe, das geplante Geldangebot der Banken zu erklären. Der Geldangebotsmultiplikator könne beanspruchen, diese Aufgabe zu erfüllen. Ob die Banken das Angebot auch realisieren, sei eine andere Frage, die nicht von der Geldangebotstheorie beantwortet werden müsse. Neldner weist aber deutlich darauf hin, daß der Geldschöpfungsmultiplikator allenfalls Anhaltspunkte über die Bestimmungsgründe des volkswirtschaftlichen Geldangebots liefern kann. Das gelte auch für die Multiplikatoren, die die Differenzierung der Einlagen und der Mindestreserven neben der Bargeldquote berücksichtigten. Die Annahmen, die sie setzten, seien wirklichkeitsfremd, so wenn z. B. von stabilen Bargeld- und Einlagenquoten ausgegangen werde, wenn nicht beachtet werde, daß Banken zeitweise auch Überschußreserven halten möchten, wenn ferner so getan werde, als hätten die Banken keinen Einfluß auf die Zentralbankgeldmenge.

Schon der Multiplikatoransatz zeigt, daß für die Entwicklung des Geldangebots die Verhaltensweisen des Banken- und Nichtbankensektors entscheidend sind. Die Geldangebotsmodelle vom *Tinbergen*-Typ widmen diesen Verhaltensweisen große Aufmerksamkeit. Empirisch abgesicherte Hypothesen sollen das Verhalten der Geldanbieter beschreiben. Die Analyse der Bedeutung des Geschäftsbankensektors für das Geldangebot konzentriert Neldner

auf die Nachfrage der Banken nach Überschußreserven und Zentralbankkrediten, also auf deren Refinanzierungsverhalten. Über die Motive der Zentralbankverschuldung wird schon lange diskutiert. Einige Autoren betonen das Profitmotiv, andere das Bedarfsmotiv. *Neldner* stellt die verschiedenen Meinungen in dieser Kontroverse präzise gegenüber und gibt einen guten Überblick über die betreffenden empirischen Untersuchungen. Neben dem Verhalten der Geldanbieter ist aber auch das Verhalten der Geldnachfrager zu berücksichtigen. Denn Bargeld-, Termin- und Sparguthabenquote sind im wesentlichen von den Einflußgrößen abhängig, die über die Geldnachfrage entscheiden. *Neldner* referiert ausführlich die empirischen und theoretischen Untersuchungen über die Bargeld-, Termin- und Sparguthabenquote, die trotz aller methodischen Vorbehalte zeigen, daß in der Geldtheorie und -politik strukturelle Gegebenheiten eine große Rolle spielen. So ist z. B. die Bargeldquote, neben anderen Faktoren, nicht nur von der Zins-, sondern auch von der Preis- und Einkommensverwendungsstruktur abhängig. Eingehender hätte sich der Verfasser in diesem Zusammenhang mit der Frage auseinandersetzen müssen, ob man die Geldnachfrage überhaupt identifizieren kann. Die feststellbare Verteilung der einzelnen Einlagearten bei den Banken ist das Ergebnis von Geldnachfrage- und Geldangebotsprozessen. Auch der Hinweis auf Gleichgewichtszustände hilft nicht viel weiter, es sei denn, man ginge bei empirischen Untersuchungen von einem dauerhaften Gleichgewichtszustand aus, in dem das Publikum die gerade beobachteten Einlagequoten auch stets realisieren wollte.

Mit Blick auf Geldangebotsmodelle vom *Brunner-Meltzer*-Typ spricht *Neldner* von sich selbst genügendem Elastizitätsfetischismus (vgl. S. 292). Ganz so genügsam sind diese Modelle aber nicht. Eher sind sie sogar so anspruchsvoll, daß man ihnen im Rahmen einer Geldangebotstheorie nur schwer gerecht werden kann, weil sie nicht nur das Geldangebot, sondern auch die Bankkredit- und die Geldmenge sowie die Zinsrate bestimmen wollen. Deswegen ist es selbstverständlich, daß sie Geldnachfrageelemente in ihre Funktionsbeziehungen aufnehmen. Die Kritik *Neldners* an dieser Einbeziehung von Nachfrageelementen erstaunt, weil diese Kritik bei den Modellen vom *Tinbergen*-Typ unterbleibt, die aber ebenfalls stark nachfragegeprägt sind.

Im Rahmen finanzieller Gesamtmodelle, die *Neldner* abschließend darstellt, wird der Versuch einer isolierten Behandlung des Geldangebots aufgegeben. Hier soll das Ineinandergreifen verschiedener monetärer Märkte gezeigt werden, um die Geldmengenentwicklung zu erklären.

Die Ausflüge *Neldners* in die Theoriegeschichte sind zum Teil recht lang geraten. Sie hätten zumindest straffer präsentiert werden können, wenn z. B. nicht so häufig wörtlich zitiert worden wäre. Dann wäre auch mehr Platz für das Bestreben des Autors gewesen, die Geldangebotstheorie um neue Erkenntnisse zu bereichern. So wird dieses Untersuchungsziel etwas von der umfassenden Bestandsaufnahme zurückgedrängt. Vorsichtshalber empfiehlt *Neldner* auch dem eiligen und mit der Materie vertrauten Leser einige Kapitel (etwa zwei Drittel des Buches) zu überschlagen, um sich einen schnellen Überblick über den Hauptgang der Schrift zu verschaffen. Wer aber prüfen will, ob das optimistische Vorwort in Manfred *Neldners* Habilitationsschrift

gerechtfertigt ist, darf diese Kapitel allerdings nicht überschlagen. Heißt es doch im Vorwort: „Die zentralen Probleme der Geldangebotstheorie können mittlerweile zumindest *prinzipiell* als gelöst gelten, obwohl auf Teilgebieten viele Fragen nach wie vor ungeklärt sind.“ (S. 5)

Hermann Remsperger, Frankfurt/Main

Thorn, Richard S.: Introduction to Money and Banking. Harper and Row, New York - London: 1976, 544 S. £ 9.76.

Mit der vorliegenden Veröffentlichung setzt der bekannte amerikanische Wirtschaftswissenschaftler die Reihe der bereits vorhandenen Monographien zur Geld- und Bankentheorie fort. Dabei ist — wie gerade in der angelsächsischen Literatur üblich — der Titel dieser Veröffentlichung sehr viel enger gefaßt als sein Inhalt. In acht Kapiteln gibt der Autor einen umfassenden Überblick über Geldfunktionen, das moderne Bankensystem, Geldtheorie, Geld und Konjunktur, geldpolitische Instrumente und schließlich das internationale Währungssystem.

Das Buch von *Thorn* stellt eine gelungene Synthese von theoretischer Analyse, historisch-institutioneller Perspektive und wirtschaftspolitischen Einsichten dar. An keiner Stelle läßt sich der Autor trotz einer Vielzahl algebraischer Ableitungen von der eigenen Freude an modelltheoretischen Analysen überwältigen. Immer bleibt der unmittelbare Bezug zur geld- und wirtschaftspolitischen Praxis gewahrt. Diese pragmatische Ausrichtung ist — so meint der Rezensent — einer der größten Vorteile der vorliegenden Monographie.

Von großem Nutzen für die empirische Gewichtung der vorgeführten geldtheoretischen Theoreme ist insbesondere die Fülle statistischer Daten und Reihen, die der Autor in den Text aufgenommen hat. Selbst wenn es sich hierbei vorwiegend um US-amerikanische Daten handelt, vermag doch auch der europäische Leser aus ihnen erheblichen Gewinn für die Beurteilung alternativer geldtheoretischer Ansätze zu ziehen. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang auch die zahlreichen wirtschaftshistorischen Verweise, die dem unbefangenen Leser die historische Einordnung der geldtheoretischen Entwicklung ungemein erleichtern. Ganz hervorragend liest sich vor allem die umfassende Darstellung der amerikanischen Geldpolitik von den frühesten Anfängen der Kolonialzeit bis in die Moderne (S. 311 - 333 und 397 - 471).

Von seiner theoretischen Ausrichtung her läßt der Autor keinen Zweifel, daß er in der historischen Auseinandersetzung zwischen Monetaristen und Keynesianern letzteren zugerechnet werden muß. Dennoch wirkt diese persönliche „Vorbelastung“ an keiner Stelle aufdringlich. Im Gegenteil: Immer kommt — wie in dem in voller Länge abgedruckten Disput (S. 263 - 276) aus dem Jahre 1973 zwischen Leonall C. Andersen und Lawrence R. Klein und Karl Brunner — auch die Gegenseite zu Wort. Der Leser fühlt sich damit in seinem Urteil nicht präjudiziert, ihm bleibt stets die Entscheidung überlassen, welche Position auf ihn überzeugender wirkt.

Das zentrale Kapitel über Geldangebot und Geldnachfrage zeichnet sich durch Berücksichtigung der jüngsten, geradezu revolutionären Umwälzungen der bankpolitischen Praxis in den USA aus. Hier wird klar, daß das Geld eben nur als eine Spezialform aus der Vielzahl der vorhandenen Finanzierungsinstrumente und Banken ihrerseits nur als Spezialform der Vielzahl der „financial intermediaries“ anzusehen sind. Lesenswert in diesem Zusammenhang sind insbesondere der auf den Seiten 104 - 112 abgedruckte Aufsatz von Stuart A. Schweitzer zum „liability management“ sowie das Kapitel zum Eurodollarmarkt (S. 167 - 174).

Breiten Raum nimmt auch die Darstellung der immer wieder und gerade heute aktuellen Debatte um den Monetarismus ein (S. 253 - 277). Der Rezensent empfiehlt allen an den geldpolitischen Konsequenzen der „Chicago-Schule“ Interessierten ein sorgfältiges Studium des auf den Seiten 133 - 146 abgedruckten Briefwechsels zwischen dem Vorsitzenden des Federal Reserve Systems, Arthur F. Burns und Milton Friedman, der sich über den Kurs der amerikanischen Geldpolitik im Jahre 1973 entzündet hatte.

Ein wenig überraschend erscheint angesichts der Breite des Ansatzes von *Thorn* dann doch, daß Geldtheoretiker vom Range Arthur C. Pigous, Don Patinkins oder Harry G. Johnsons völlig unberücksichtigt, ja unerwähnt bleiben. Selbst Autoren wie Milton Friedman und James Tobin werden letztlich mit ihren wichtigsten Arbeiten von *Thorn* überhaupt nicht gewürdigt. So fehlt jeder Hinweis auf Friedmans bahnbrechende Arbeit „A Theory of the Consumption Function“ aus dem Jahre 1957, die immerhin das Fundament für den modernen Monetarismus gelegt hat. Hier scheint *Thorn* die jüngste geldtheoretische Forschung einfach überschlagen zu haben, was entweder doch mit seiner stillen Vorliebe für den Keynesianismus oder aber mit seiner Auffassung zu erklären ist, derartiges passe nicht in eine Einführung. Dies ist um so bedauerlicher, als gerade Don Patinkin, Harry G. Johnson und James Tobin neue Wege zu einer geltheoretischen Symbiose von Neo-Klassik und Keynesianismus aufgezeigt haben.

Alles in allem: Die vorliegende Monographie gibt nicht nur dem Lernenden, sondern gerade auch dem „gestandenen“ Praktiker einen vorzüglichen Überblick über die wichtigsten geldtheoretischen und geldpolitischen Konzepte der Gegenwart. Sie zeichnet sich durch Flüssigkeit des Stils, Praxisnähe und historische Perspektive aus. Die zahlreichen eingestreuten Originaltexte wichtiger Autoren und Lebensbilder großer Ökonomen wie Irving Fisher, John Maynard Keynes und Knut Wicksell machen das Buch zu einer wahren Fundgrube für den auch an der Geschichte der Geldtheorie interessierten Leser.

Hartmut Rudloff, Bonn

Gerber, Beat: Stabilitätspolitik — Vollbeschäftigung, Preisniveaustabilität und Zahlungsbilanzgleichgewicht im wirtschaftspolitischen Spannungsfeld; Beiträge zur Wirtschaftspolitik. Verlag Paul Haupt, Bern und Stuttgart: 1976, Band 28, 296 Seiten, 35 graph. Darstellungen, kartoniert Fr./DM 29,—.

Ein Buch mit dem Titel „Stabilitätspolitik“ darf gerade nach den leidvollen Erfahrungen der letzten Jahre heute auf besondere Aufmerksamkeit rechnen,

noch dazu, wenn es aus der Feder eines Schweizer Autors stammt. Beat *Gerber* geht in seiner Dissertation der Frage nach, wie „unter den gegebenen ökonomischen und politischen Bedingungen der westlichen Industriewelt ... das Ziel Wachstum und Gleichgewicht erfolgreicher zu realisieren ist als in der Vergangenheit“. Da der Autor sich mit seiner Arbeit in erster Linie an die Politiker und verantwortlichen wirtschaftspolitischen Instanzen wendet, hat er sich — wie er selbst betont — um eine möglichst einfache und klare Darstellung der Probleme bemüht. Dies ist ihm auch weitgehend gelungen. *Gerber* sieht das zentrale Anliegen seiner Arbeit darin, die Wirtschaftspolitiker davon zu überzeugen, daß die üblicherweise betriebene go-and-stop-Politik mehr schadet als nutzt. Er plädiert für eine mittelfristig angelegte Politik. Im Sinne *Euckens* soll die Wirtschaftspolitik für Konstanz der Rahmenbedingungen sorgen.

Gerber analysiert die Erfolgsbedingungen für die Stabilität im Sinne des magischen Dreiecks, d. h. Vollbeschäftigung, Preisstabilität und Zahlungsbilanzausgleich. Er sieht durch die Erfahrungen der letzten Jahre die Hypothese bestätigt, daß zwischen Vollbeschäftigung und Preisstabilität kein Konflikt besteht. Wenn es dennoch im Zuge eines Stabilisierungsprozesses (durch Umschwenken der Notenbank auf einen restriktiven Kurs) zu Arbeitslosigkeit kommt, so liegt das nach Ansicht des Autors vor allem an der inzwischen gefestigten Inflationsmentalität. Wenn Unternehmen und Gewerkschaften aufgrund früherer gegenteiliger Erfahrungen nicht erwarten, daß eine von den wirtschaftspolitischen Instanzen angekündigte Restriktion konsequent durchgehalten wird, dann werden sie nicht bereit sein, ihre Preis- bzw. Lohnvorstellungen schnell und im erforderlichen Umfang zu revidieren. In diesem Falle sind — sofern die Restriktionspolitik wider Erwarten durchgehalten wird — erhebliche Produktions- und Beschäftigungsausfälle unvermeidlich. *Gerber* sieht hier ein spezifisches Dilemma der Wirtschaftspolitiker in einer Demokratie: Die an Wahlerterminen orientierten Politiker müssen grundsätzlich an einem schnellen Erfolg ihrer Stabilisierungspolitik interessiert sein. Ein schneller Erfolg setzt aber eine entsprechend massive Restriktionspolitik voraus, die (wegen der vielfältigen Anpassungswiderstände) mit erheblichen Produktionsausfällen, d. h. mit erheblichen sozialen Kosten verbunden ist. Auf der anderen Seite wirft ein — ökonomisch eigentlich zweckmäßigeres — langsames Umschalten auf Restriktion das Problem der Glaubwürdigkeit auf. Nach einer längeren Periode der beschleunigten Inflation glaubt niemand mehr so recht an eine Tendenzwende in der Preisentwicklung, so daß es nur nach langer Verzögerung zu den notwendigen Verhaltensänderungen kommt. Da die Politiker in aller Regel nicht den Mut finden werden, der Inflation durch eine harte Restriktionspolitik ein Ende mit Schrecken zu setzen, befürchtet *Gerber* (wohl nicht zu Unrecht), daß „im Falle einer Verlangsamung des Geldmengenwachstums die Rezessionsphasen im allgemeinen Inflationsprozeß von Mal zu Mal länger und tiefer werden“.

Im III. Teil seiner Arbeit untersucht *Gerber* eingehend den Zusammenhang zwischen Wechselkurs, Zahlungsbilanz und Stabilitätspolitik. In diesem Abschnitt kommt er verständlicherweise nicht ganz ohne Modellannahmen aus, so daß er seine Zielsetzung — ein auf die Zielgruppe Wirtschaftspolitiker

ausgerichtetes Buch zu schreiben und deshalb Längen und theoretische Ableitungen zu vermeiden — nicht ganz durchhalten kann. Dennoch wird auch der Praktiker weite Passagen mit Interesse lesen, so etwa die Ausführungen über die unterschiedlichen Erfolgsbedingungen der Geldpolitik bei festen und flexiblen Wechselkursen. *Gerber* weist unter Hinweis auf eigene und fremde empirische Untersuchungen nach, daß langfristig eine erfolgreiche Inflationsbekämpfung für ein relativ kleines Land in inflationärer Umwelt bei festen Wechselkursen nicht möglich ist.

Gerber hat seine Arbeit im Frühjahr 1976 abgeschlossen, zu einem Zeitpunkt also, als die Auswirkungen der sehr unterschiedlichen nationalen Stabilisierungsbemühungen der Jahre 1974/75 noch nicht voll zu übersehen waren. Inzwischen (Mitte 1977) ist eine erste Zwischenbilanz möglich und diese Zwischenbilanz unterstützt *Gerbers* Position sehr deutlich. Die harte und konsequente Stabilitätspolitik in der Schweiz hat die Inflationsrate innerhalb von knapp drei Jahren von 10 auf 1 Prozent zurückgeführt; und auch die Stabilitätsfolge in der Bundesrepublik sind beachtlich, wenn auch die Deviseninterventionen im Frühjahr und Sommer 1976 die geldpolitische Verstetigungspolitik der Bundesbank erheblich gestört haben. Auch diese Erfahrung spricht für das klare Bekenntnis des Autors zur Wechselkursflexibilität, solange in den einzelnen Ländern unterschiedliche wirtschaftspolitische Prioritäten verfolgt werden.

Gerbers wirtschaftspolitische Empfehlungen, die er im abschließenden IV. Teil seiner Arbeit überzeugend darlegt, sind ein Rezept zur weitgehenden Vermeidung von wirtschaftspolitischen Fehlentwicklungen. Auf die z. Z. drängendste Frage, wie man mit den geringsten sozialen Kosten einmal eingetretene Fehlentwicklungen, wie sie etwa heute in der Bundesrepublik vorliegen, bewältigen kann, geht der Autor im Rahmen seiner — generell gehaltenen — Fragestellung verständlicherweise nicht ein. Hier wird man von Land zu Land, je nach den institutionellen und strukturellen Gegebenheiten sicher ein unterschiedliches „policy mix“ wählen müssen. Patentrezepte dafür gibt es nicht, nicht zuletzt deshalb, weil die Nationalökonomien, wie *Gerber* mit Recht betont, „über kurzfristige Reaktionsmuster in der Wirtschaft weniger wissen als über längerfristige“. Diese Erkenntnis sollte wirtschaftspolitische Macher (so schwer es ihnen fallen mag) zu Bescheidenheit und Augenmaß veranlassen.

Dem Wirtschaftspolitiker wird *Gerbers* Arbeit eine Vielzahl von Einsichten teils bestätigen, teils vermitteln. Der wissenschaftlich interessierte Nationalökonom findet bei *Gerber* darüber hinaus eine Reihe interessanter Thesen (etwa über die Wirkungsverzögerungen der Geldpolitik oder über die realwirtschaftlichen und monetären Transmissionsmechanismen zwischen einzelnen Volkswirtschaften), mit denen er sich teils kritisch auseinandersetzen, teils sie als fruchtbare Denkanstöße aufnehmen wird.

Klaus Wieners, Düsseldorf

Hellmann, Rainer: *Dollar, Gold und Schlange. Die letzten Jahre von Bretton Woods*, Baden-Baden 1976, 196 S. Kart. DM 28,—.

Währungspolitik ist nicht graue Theorie. Diesen Beweis erbringt der vorliegende Report über die letzten Jahre des Währungssystems von Bretton Woods; geschrieben von einem Autor, der als Berichterstatter einer großen Nachrichtenagentur an allen wichtigen Stationen, bei denen in den letzten Jahren Währungspolitik „gemacht“ wurde, dabei war.

Beginnend mit dem Drama um die erstmalige Dollarabwertung seit 1935 im Herbst 1971, die zum Anfang vom Ende des Systems von Bretton Woods werden sollte, bis zur Jamaika-Konferenz vom Januar 1976, die einen vorläufigen Schlußstrich unter die Bemühungen zur Errichtung einer neuen Weltwährungsordnung setzte, schildert der Autor in detaillierter Kenntnis Irrungen und Wirrungen der internationalen Währungspolitik der letzten Jahre. In packender Form, aber immer auch mit kritisch-objektiver Distanz, werden dem Leser Absichten, Erfolge und Schwierigkeiten neuer Konstruktionen der Währungspolitik wie der Euro-Schlange, der floatierenden Wechselkurse sowie der Neudefinition der Rolle des Goldes im Währungssystem nahegebracht. Auch der uninformedteste Leser erfährt: Währungspolitik ist kein Randgebiet für Spezialisten, sie ist vielmehr ein entscheidender Bestandteil der Außenpolitik moderner Industriegesellschaften.

Natürlich muß die fachliche Analyse von Ursachen und Wirkungen, die Einordnung währungspolitischer Entscheidungen in ökonomische Zusammenhänge dem Bestreben, den Komplex Währungspolitik durch dramaturgische Aufbereitung auch für den gebildeten Laien transparent zu machen, weithin zum Opfer fallen. Aber der Autor wollte eben ein Tage- und kein Lehrbuch.

Dennoch seien zwei kritische Anmerkungen erlaubt. Währungspolitik als Kampf der Mächtigen um ihre Interessen (welche?) ist die eine Seite, der Zusammenbruch bestehender Ordnungen aufgrund von Zwangsläufigkeiten der ökonomischen Entwicklung eine ganz andere Sache. Und ein zweites: Mit dem Ende von Bretton Woods ist zugleich das Ende der klassischen Währungspolitik als alleiniges Stabilisierungsinstrument der weltwirtschaftlichen Ordnung erreicht. Debatte und Aktion beginnen sich mehr und mehr — wie die Auseinandersetzungen im Rahmen des Nord-Süd-Dialogs zeigen — in andere Bereiche zu verlagern.

Das Buch ist ein spannender Bericht für alle, die sich für Hintergründe, Hauptdarsteller und deren Motive in den währungspolitischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre interessieren. Kein wissenschaftliches Buch, aber ein Buch, aus dem Wissenschaftler Praktisches lernen können.

Ru.

Tritten, Kurt: *European Banks — A Comparative Analysis of the Leading European Banks*, Verlag Paul Haupt, Bern und Stuttgart 1976, 167 Seiten, kart. 39,— sfr/DM.

Um es vorwegzunehmen: Es handelt sich bei der Veröffentlichung nicht um eine beschreibende Analyse unter vielen, sondern um ein systematisches

Tabellenwerk mit Grafiken, das man inhaltlich etwa zwischen einem europäischen Bankenalmanach und einem gut geführten Firmenarchiv mit Bankgeschäftsberichten einordnen könnte. Die Besonderheit liegt in der Aufbereitung einer bestimmten Auswahl von Daten mit dem Ziel, sie vergleichbar zu machen. Was man auch zu der getroffenen Auswahl und der Vergleichbarkeit im einzelnen sagen mag, so handelt es sich doch um eine Initiative mit Originalwert, die die Broschüre unter vielen beschreibenden Veröffentlichungen auszeichnen dürfte.

Was zunächst die Auswahl europäischer Banken anbelangt, so ist vor der für die Zukunft angekündigten Ausweitung auf andere Kontinente zu wünschen, daß die für die dritte Auflage vorgesehene Komplettierung der europäischen Banken gründlich ausfällt, vermißt man doch noch zumindest die Spitzeninstitute Luxemburgs, Norwegens und Finnlands. Auch scheint der Verfasser den Begriff „Banken“ recht eigenwillig auszulegen, fehlen doch in der Größenordnung durchaus passende Institute wie die Cassa di Risparmio delle Provincie Lombarde, Mailand, sowie die Hamburger Sparkasse, und auch die Einbeziehung der französischen Caisse des Dépôts et Consignations sowie der belgischen Caisse Générale d'Epargne et de Retraite ließe sich vertreten. Jedenfalls umfaßt die vorliegende Auflage eine Auswahl von 65 Banken aus zwölf Ländern.

Den größten Teil der Broschüre nimmt die individuelle Darstellung der untersuchten Banken ein, und zwar jeweils eine Seite mit ausgewählten Zahlen für die Jahre 1971 bis 1974 in Landeswährung und auf der gegenüberliegenden Seite eine Grafik mit Größen in Schweizer Franken, die wegen des einheitlichen Maßstabs einen durchgehenden Vergleich zwischen den einzelnen Instituten ermöglicht. Die dargestellten Zeitreihen sind leider in mehreren Fällen unvollständig, da offenbar die Geschäftsberichte für frühere Jahre nicht beschafft worden sind. Aus der Bilanz wurden in die Tabelle die wertberichtigten Aktiva, das Aktienkapital, die Rücklagen und als Summe der beiden letzteren die Eigenmittel aufgenommen. Aus der Gewinn- und Verlustrechnung stehen der Gewinn vor Steuern, die Steuern, der Gewinn nach Steuern, die Rücklagenzuweisung und als Ergebnis der Reingewinn in der Tabelle, ferner nachrichtlich die Löhne und Gehälter sowie die Zahl der Belegschaft, die in- und ausländischen Zweigniederlassungen und die eventuelle Zugehörigkeit zu einer nationalen oder internationalen Bankengrupierung. Grafisch dargestellt wird dann die Entwicklung der Aktiva sowie des Gewinns vor Steuern, beides in Schweizer Franken, dem derzeit sicher stabilsten internationalen Wertmaßstab, zum jeweiligen Wechselkurs. Zwei weitere Kurven veranschaulichen die Entwicklung der Arbeitsproduktivität als erwirtschafteten Gewinn pro Kopf der Belegschaft und die Entwicklung der Rentabilität als Gewinn je Aktie zu 1 000 sfr.

Nach diesen systematischen Monografien, die dem Kenner vielfältige Interpretationen ermöglichen, folgen noch sechzehn internationale Ranglisten der untersuchten Banken. Die absolute Einordnung erfolgt nach ihren Aktiva, ihrem Bruttogewinn, ihrem Bruttogewinn nach Steuern und ihrem Reingewinn, ihrer Belegschaft und ihren Inlandszweigstellen. Noch interessanter ist die Rangfolge nach relativen Kriterien wie Bruttogewinn in Prozent der

Aktiva, Reingewinn in Prozent des Bruttogewinns, Steuern in Prozent des Bruttogewinns, Eigenmittel in Prozent der Aktiva, Gewinn pro Aktie gleichen Nennwerts, Durchschnittsbezüge pro Kopf der Belegschaft, Bilanzsumme pro Kopf und Gewinn pro Kopf. Schließlich werden noch die Wachstumsraten der Bilanzsumme und des Gewinns verglichen. Es muß anerkannt werden, daß der Verfasser nicht der Versuchung erlegen ist, durch eine Vielzahl von Fußnoten auf besondere Umstände hinzuweisen und somit bereits Erläuterungen zu versuchen. Dies wäre ein Versuch ohne Ende. So jedoch werden vom Benutzer des Zahlenwerks internationale Vorkenntnisse verlangt, damit er nicht zu falschen Schlußfolgerungen kommt.

Hans Pfisterer, Brüssel

Großeschmidt, Brita: Kritik der postkeynesianischen Stabilitätspolitik — Ein Beitrag zur Phillips-Kurven-Diskussion, Duncker & Humblot / Berlin 1976, Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 249, 222 S. brosch. 58,— DM.

Die Verfasserin konfrontiert in dieser Untersuchung keynesianische Stabilitätspolitik, die als trade-off-Politik verstanden wird, mit den Argumenten der „monetaristischen Gegenrevolution“. Aus dieser antithetischen Gegenüberstellung sollen Anhaltspunkte zur „Überwindung des postkeynesianischen Realisationsmodells bei Beibehaltung der wachstums- und wohlfahrtspolitischen Intention“ (S. 204) entwickelt werden. Dieses Programm macht deutlich, daß die Verfasserin die typisch keynesianischen Ziele der gestaltenden Veränderung von Wirtschaftsprozeß und -struktur sich zueigen macht und nicht in Frage stellt. Angesichts dieser a priori Festlegung gewinnt die Auseinandersetzung mit dem Monetarismus einen instrumentellen Charakter. Die herrschende keynesianische Stabilitätspolitik soll kritisiert, nicht aber deren Ziele überprüft werden.

Die Untersuchung ist — sieht man von der Einleitung und der Zusammenfassung ab — in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil wird die keynesianische Vollbeschäftigungspolitik dargestellt. In ihrer traditionellen Ausprägung versucht diese durch Steuerung der Gesamtnachfrage Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität, die ihre Ursache im Privatsektor haben, zu mildern und gleichzeitig die durchschnittliche Auslastung des Produktionspotentials zu erhöhen. Dadurch soll permanente Prosperität erzeugt werden, die eine Politik des „Mehr von allem“ und somit die konfliktlose Durchsetzung strukturverändernder Maßnahmen erlaubt. Der Realisation dieses Konzepts steht die Existenz der Phillips-Kurve entgegen. Danach ist mit zunehmendem Erreichen des Beschäftigungsziels die Stabilität des Preisniveaus gefährdet. Die aus diesem Dilemma resultierende Bekämpfung des gerade am stärksten verletzten Ziels führt zur keynesianischen „stop-go“-Rhythmus der Stabilitätspolitik, die mit der Hoffnung verknüpft ist, langfristig einen Nettowohlfahrtsgewinn zu erzielen.

Anknüpfend an strukturellen, cost-push und demand-pull Erklärungen von Phillips-Beziehungen haben vor allem die „New Economics“ der sechziger Jahre nach Erweiterungen und Verbesserungen des stabilitätspolitischen Instrumentariums gesucht. Zur ersten Kategorie sind Arbeitsmarkt- und Einkommenspolitik zu rechnen, während die Globalsteuerung (fine tuning) eine

subtilere Prozeßpolitik etablieren wollte. Diese Bemühungen sind als Versuche anzusehen, stabile Phillips-Kurven in einen „günstigen“ Bereich zu verschieben bzw. deren Abtriften in „ungünstige“ Lagen zu verhindern und dabei einen angestrebten Punkt auf derartig manipulierten Kurven zu realisieren. Die mangelhafte Erfüllung der selbstgesetzten Ziele durch den Einsatz kombinierter Globalsteuerung und Einkommenspolitik, vor allem das Versagen vor dem Inflationsproblem, sieht die Verfasserin in der Unvollständigkeit des Konzepts begründet. Ihr erscheint eine „gleichgewichtige Behandlung der Arbeitsmarktpolitik im Rahmen einer globalsteuernden Expansionspolitik“ (S. 94) eher geeignet, Stabilität bei gleichzeitigem strukturellem Wandel zu verwirklichen.

Die monetaristische Kritik der keynesianischen trade-off-Politik ist Gegenstand des zweiten Teils der Arbeit. Im Mittelpunkt steht hier die Instabilität der Phillips-Kurve. Aus der „natural rate hypothesis“ folgt, daß Stabilitätspolitik, vor allem Geld- und Fiskalpolitik, zum Erreichen von Beschäftigungszielen ungeeignet ist. Versuche, letztere dennoch mit Nachfragesteuerung zu verwirklichen, führten zur Inflationsakzeleration und deren Bekämpfung zu starken Beschäftigungsschwankungen. Die Stabilitätspolitik erscheint damit als Instabilitätsursache, die dem inhärent stabilen Privatsektor ständige Erwartungsanpassungen auferlegt. Inflation ist demnach keine störende Begleiterscheinung keynesianischer Vollbeschäftigungspolitik, sondern deren Folge. Diese Konsequenz könne vermieden werden, wenn die Geldmenge mit konstanter Rate ausgedehnt und Beschäftigungspolitik mit anderen als stabilitätspolitischen Mitteln betrieben werde.

Einen Ansatzpunkt zur Rettung einer diskretionären Beschäftigungspolitik sieht die Verfasserin in der Tatsache, daß auch nach monetaristischer Analyse kurzfristig, durch unerwartete Inflationspolitik, Beschäftigungssteigerungen erreicht werden können, auch wenn diese längerfristig wieder verschwinden. Die intertemporale Bewertung der kurzfristigen Beschäftigungseffekte („Erträge“) gegenüber den längerfristigen Inflationseffekten („Kosten“) unterscheidet offensichtlich Monetaristen und Keynesianer. Für die Verfasserin hat der Begriff „langfristig“ den Horizont einer „intergenerativen Fragestellung“ (S. 118) und so verwundert es nicht, wenn sie feststellt: „Werden die Chancen der Trade-off-Politik zur Etablierung einer Strukturpolitik genutzt, so kann der inflationäre Nebeneffekt als Preis für die Erfüllung wichtiger sozialer Aufgaben angesehen werden“ (S. 120). Eine verstetigte Stabilitätspolitik könne zwar zur Glättung von Wachstumsschwankungen führen, der dabei realisierte durchschnittliche Auslastungsgrad des Produktionspotentials sei angesichts einer keynesianischen Zielfunktion „politisch“ jedoch nicht akzeptierbar. Die anti-interventionistische Ausrichtung des Monetarismus lasse den Verdacht aufkommen, daß die „Dringlichkeit sozial gebundener Steuerungsaktivität überhaupt“ (S. 148) bestritten wird.

Im dritten Teil der Untersuchung wendet sich die Verfasserin vor allem gegen monetaristische Versuche, verschiedene Formen der „natürlichen“ Arbeitslosigkeit als freiwillig zu interpretieren. Statt dessen plädiert sie für eine aktive Strukturpolitik, die bestehende Informations- und Anpassungskosten durch kollektive Maßnahmen (Informationszentralen, arbeitsmarkt-

orientierte Bildungspolitik etc.) reduzieren soll. Resultieren würden eine effizientere Faktorallokation, produktivitätserhaltende Faktorqualitäten und eine höhere Anpassungsflexibilität des Arbeitsangebots. Diese qualitative Beschäftigungspolitik will die Verfasserin als strukturverändernde Rahmenpolitik konzipieren, die gleichberechtigt neben einer diskretionären trade-off-Politik treten soll.

Die vorliegende Arbeit ist als Versuch zu werten, typisch keynesianische Ziele durch eine Neukonzipierung der Stabilitätspolitik besser zu verwirklichen als durch die vorherrschende trade-off-Politik. Ansatzpunkte für die Kritik der traditionellen und die Formulierung einer „neuen“ keynesianischen Politik bezieht die Verfasserin aus monetaristischem Gedankengut. Ihre eindeutige Festlegung auf „keynesianische“ Ziele (in einem polit-ökonomischen Kontext) veranlaßt *Großeschenmidt* jedoch zu einer streckenweise pauschalisierenden und polemischen Auseinandersetzung mit dem Monetarismus. Mehr Sachlichkeit wäre hier wünschenswert gewesen. Auch wenn man den Blickwinkel der Verfasserin nicht teilt, gibt der Band aus keynesianischer Perspektive eine anregende Diskussion der Einbindung von Stabilitätspolitik in politische Wertvorstellungen. Die teilweise ermüdende sprachliche Diktion sollte nicht von der Lektüre dieses zur Kontroverse herausfordernden Bandes abhalten.

Bernd Faulwasser, Siegen

Benölken, Heinz: Langfristige Personalplanung im Kreditinstitut. Untersuchungen über das Spargiro- und Kreditwesen (Abt. A), Band 81, hrsg. von Fritz Voigt, Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1976, 384 Seiten, broschiert, 78,— DM.

Wie der Verfasser einleitend feststellt, ist das Problem der langfristigen Personalplanung in der Kreditwirtschaft sowohl in Theorie als auch in Praxis lange Zeit vernachlässigt worden. Dies mag wohl daran gelegen haben, daß die Gewinn- und Verlustrechnung der Banken bis Anfang der 70er Jahre immer „gestimmt“ hat. Erst mit dem Personalkostendruck Anfang der 70er Jahre ist man in der Praxis auf dieses Problem gestoßen und hat nach theoretischen Ansätzen gesucht. Leider stößt die vorgelegte Arbeit 1976 auf eine günstige Gewinnsituation der Kreditwirtschaft, so daß das Interesse am Problem wieder etwas zurückgegangen sein dürfte. Eine Veröffentlichung vor zwei Jahren wäre mit Sicherheit günstiger gewesen.

Zunächst beschäftigt sich *Benölken*, bevor er qualitative Aspekte der Personalplanung angeht, mit den quantitativen Entwicklungstendenzen. Als Wachstumsfaktoren nennt er hierbei das geschäftliche Wachstum, das dezentrale Wachstum über die Ausdehnung des Zweigstellennetzes sowie Zentralisierungstendenzen durch Fusionen und Kooperationen sowie die Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Hierbei kommt er zu dem Schluß, daß trotz wertmäßigerem Wachstum tendenziell ein Nullwachstum im personellen Bereich zu erwarten ist. Der Praktiker wird dieser These zustimmen, da sie sich auch in der Praxis belegen läßt. Hingegen wird die Quantifizierung der Arbeitsproduktivität relativ schwierig sein, was auch für die Auswirkungen

von Fusionen gilt. Während der Theoretiker die Aussagen „abhaken“ kann, sucht der Praktiker hinter dem Schleier der *ceteris-paribus*-Klausel nach dem Analyseansatz für sein eigenes Institut.

Empirische Vergleichsdaten über die Personalstruktur in den einzelnen Funktionsbereichen des Kreditinstituts sowie deren Entwicklung in der Vergangenheit und Aussagen für die Zukunft sucht man vergebens. Hiermit ist eigentlich das Problem der Arbeit angesprochen. Sie muß nämlich einerseits theoretischen Ansprüchen genügen und erhebt andererseits den Anspruch, praktische Fragen zu klären. Letztere hätten der Untersuchung allerdings den Charakter eines Kochrezeptes gegeben, was zwangsläufig zu Lasten des Theorie-Solls gegangen wäre. So muß sich der Verfasser zwischen diesen beiden Polen bewegen, ohne das uneingeschränkte Lob einer Seite erfahren zu können.

Nach den globalen quantitativen Aussagen folgt eine Untersuchung über den qualitativen Personalbedarf. Hierbei werden zwei Modellbanken zugrunde gelegt. Die Modellbank A weist eine geschäftsspartenorientierte Aufbauorganisation auf, während die Modellbank B auf einer zielgruppenorientierten Aufbauorganisation basiert. Bei der spartenorientierten Modellbank vertritt der Verfasser die These, daß bedingt durch Standardisierungsmaßnahmen der Bedarf an Spezialisten für das Kreditgeschäft, die Anlageberatung, das Auslandsgeschäft, den Zahlungsverkehr sowie im Marketingbereich kaum nennenswert zunehmen wird, wobei jedoch wegen der vom Markt zunehmend verlangten Problemlösungen erhöhte Anforderungen an den Fachexperten gestellt werden.

Die Zukunft sieht der Verfasser jedoch in der zielgruppenorientierten Aufbauorganisation, die den Spezialisten etwas im Hintergrunde agieren läßt und dem Berater mit Universalkenntnissen die entscheidende Position zwischen Bank und Kunde bzw. Zielgruppe zuweist. Diese Aufgabe stellt natürlich erhöhte qualitative Anforderungen an den Kundenberater, der sich bei bestimmten Spezialproblemen (z. B. Auslandsgeschäft) des Spezialisten bedient. Wie gelegentlich bei der aktuellen Diskussion um die marktorientierte Aufbauorganisation in der bankbetrieblichen Literatur hat man auch hier den Eindruck, daß das Problem der Beratung aus einer Hand, die durch die Aufsplitterung in Zielgruppen erreicht werden soll, überzeichnet wird. Wenn man berücksichtigt, daß z. B. in der deutschen Sparkassenorganisation 40 % aller Beschäftigten in Zweigstellen mit durchschnittlich 3 bis 10 Mann Belegschaft sitzen, so stellt sich hier in der Regel nicht die Frage nach einer Zusammenfassung der Kundenkontakte von verschiedenen Sparten in eine einzige Kontaktstelle (Kundenberater), da der vorwiegend im Massengeschäft anzusiedelnde Kunde der mittleren und kleineren Zweigstelle ohnehin aus einer Hand beraten wird.

Das Problem der Zusammenfassung von Kundenkontakten in einer Hand stellt sich somit nur für sehr große Zweigstellen und Filialen bzw. für die Hauptstellen. Bei seinen weiteren Ausführungen trennt Benölken den Innenbereich in einen Betriebs- und einen Controllerbereich. Während er dem Betriebsbereich die Verwaltung, die Organisation und das Personalwesen

zuordnet, betrachtet er Revision, Planung und Rechnungswesen als Teil des Controllerbereichs. Daß der Bedarf an besonders qualifizierten Kräften laut Aussagen des Verfassers, insbesondere im Informations-, Organisations- und Personalbereich zunehmen wird, kann man nur unterstreichen, wobei jedoch die quantitative Seite nicht überschätzt werden darf. Hier sind nicht etwa 10 % der gesamten Belegschaft tangiert, vielmehr dürfte die Größenordnung eher bei 1 % liegen. Gleches gilt auch für den Controllerbereich mit der Revision, der Planung und dem Rechnungswesen. Auch hier werden zwar höhere Anforderungen gestellt, die aber in Relation zum Gesamtpersonalbestand verschwindend gering sind.

Wenn man die Ausführungen des Verfassers über die Anforderungen auf der Managementebene analysiert, muß man den Einzelausführungen zustimmen, jedoch verbleibt hier der Eindruck, daß das Problem etwas idealistisch gesehen wird, denn die Erfahrungen in der Praxis mit Führungsmodellen werden heute etwas nüchterner gesehen als vor einigen Jahren.

Unter dem Thema Personalbeschaffungsplanung, die in eine interne und eine externe Variante gegliedert wird, befaßt sich der Autor schwergewichtig mit der Ausbildungsplanung im eigenen Betrieb. Die Stufen: Grundausbildung, Fachausbildung und Managementausbildung stellen im Grunde genommen nichts Neues dar, da sie zumindest in der Sparkassenorganisation vorhanden sind. Das die Ausbildung schwergewichtig im Verkaufsbereich liegen muß, ist heute eindeutige Erkenntnis in der Praxis. Eine grundsätzliche Umgestaltung des Ausbildungswesens ist damit jedoch nicht verbunden. Vielmehr sind die in ausreichendem Maß vorhandenen Ausbildungskapazitäten vom Lerninhalt her umzustrukturieren. Die noch zu sehr mit juristischen Problemen überladene Ausbildung der Bankkaufleute gilt es in Richtung Verkaufsförderung im weiteren Sinne zu verlagern.

Die Arbeit ist sowohl für den Praktiker als auch für den Theoretiker lesenswert. Sie gibt viele Anregungen und zwingt zum Auseinandersetzen mit einem nicht nur von der Kostenseite langfristig zu lösenden Problem der Kreditwirtschaft.

Christian Kunze, Bonn